

Baden-Baden:
Benedikt Stampa im Gespräch: Vorfreude auf die Festspiele



Bühl:
Ärger bei der Post: Parkplatz nachts gesperrt



Murgtal:
„Musterknabe“ wird Dachdeckergeselle: Clement Ediagbonya



Durmersheim:
Mehl durch Pandemie und Krieg noch begehrter



Ein Kilometer des Schweigens

Jedes Jahr sterben auf der Schwarzwaldhochstraße Motorradfahrer. Um den Todesopfern in Würde zu gedenken, will Tobias Gaiser einen Schweigekilometer einrichten – ein Projekt, das bald schon Wirklichkeit werden könnte. Bericht: Lokales

Die Stimmung ist auf dem Tiefpunkt

BaWü-Check fragt nach Zukunftsängsten

Stuttgart (smk) – Corona, der Krieg in der Ukraine, die mangelnde Sicherheit bei der Energieversorgung und die steigenden Kosten für Sprit, Wärme und Lebensmittel – noch nie war die Stimmung im Land so schlecht wie im Moment. Das zeigen die Ergebnisse des neuesten Baden-Württemberg-Checks, den das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der großen Zeitungsverlage im Land regelmäßig durchführt.

Diesmal wurden dazu 1.057 Online-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Menschen ab 18 Jahren aus dem gesamten Bundesland geführt. Dabei wird deutlich: Nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger sieht den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen. Die große Mehrheit ist tief besorgt: 34 Prozent gaben an, voller Befürchtungen auf die kommende Zeit zu blicken, weitere 33 Prozent sehen der Zukunft mit Skepsis entgegen.

Der Krieg in der Ukraine beeinflusst diese Stimmung maßgeblich. Dabei ist die Hilfsbereitschaft groß. Etwas mehr als die Hälfte aller Baden-Württemberger hält es für angebracht, dass Deutschland so viele geflohene Ukrainer wie möglich aufnimmt.

Auch nach den Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise auf die persönliche finanzielle Situation fragten die

Meinungsforscher. Dabei gab jeder Vierte zu Protokoll, dadurch in große finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Nach den Einsparpotenzialen gefragt, ergab sich, dass die wenigsten Menschen im Land an die Wirksamkeit eines temporären Tempolimits von 100 Kilometern pro Stunde auf der Autobahn glauben. 78 Prozent halten die Senkung der Steuern auf Benzin- und Dieselmotoren für das Mittel der Wahl.

Insgesamt scheinen sich die energiepolitischen Prioritäten zu verschieben. 57 Prozent plädieren für die Laufzeitverlängerung des Kernkraftwerkes Neckarwestheim II und den schnelleren Ausbau von Windkraftanlagen, auch wenn diese vor der eigenen Haustüre aufgestellt würden.

◆ Bericht: Blick ins Land



Im Sportteil

Bayern wieder mit Davies

Alphonso Davies wird nach seiner langen Pause wegen einer Herzmuskelentzündung womöglich im Champions-League-Spiel des FC Bayern München beim FC Villarreal sein Comeback feiern. Trainer Julian Nagelsmann kündigte am Dienstag an, dass er sogar überlege, den 21 Jahre alten Kanadier gleich wieder in der Münchner Startelf aufzubieten. Davies musste wegen der Herzmuskelentzündung infolge einer Corona-Infektion seit Jahresbeginn pausieren.

Das Gesicht



Der Wahlberliner

Schauspieler Gustav Peter Wöhler (65, Foto: Ulrich Perrey/dpa) will 2024 von Hamburg nach Berlin ziehen. „Spätestens 2024 werden wir komplett in unsere Wohnung in Berlin ziehen“, sagte Wöhler im Podcast „Gute Leute – Das Hamburg Gespräch“. Aktuell lebt er an beiden Orten.

Neuer Kompromiss: Impfpflicht ab 60

Gemeinsamer Vorschlag von Befürwortern / Abstimmung morgen

Berlin (dpa) – In das Ringen um einen mehrheitsfähigen Kompromiss für eine allgemeine Corona-Impfpflicht in Deutschland kommt Bewegung. Die beiden Abgeordnetengruppen im Bundestag, die jeweils eigene Gesetzentwürfe für eine Impfpflicht eingebracht haben, verständigten sich am Dienstag auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine Pflicht vorerst ab 60 Jahren.

Damit steigen die Chancen für die Abstimmung, die ohne übliche Fraktionsvorgaben an diesem Donnerstag geplant ist. Wie es in einer Erklärung heißt, soll zunächst „eine Impfnachweispflicht für alle Menschen ab dem Alter von 60 Jahren, also der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppe“, festgelegt werden. Sie soll ab Oktober erfüllt sein müssen. Diese Pflicht soll noch mit ei-

nem Bundestagsbeschluss im Juni ausgesetzt werden können, falls die Impfrate ausreichend gesteigert werden konnte. Im Herbst soll der Bundestag vor dem Hintergrund der dann vorherrschenden Erkenntnisse und potenzieller Virusvarianten entscheiden, „ob zusätzlich die Aktivierung der Impfnachweispflicht für Altersgruppen ab 18 Jahren greifen soll“.

Weitere Sanktionen

EU will Einfuhrverbot für russische Kohle

Brüssel (AFP) – Wegen der Kriegsgräueltaten in der Ukraine will die Europäische Union erstmals Sanktionen im Energiebereich gegen Russland verhängen: Die EU-Kommission schlug am Dienstag ein „Einfuhrverbot für Kohle aus Russland im Wert von vier Milliarden Euro jährlich“ vor, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel er-

klärte. Auch die Einfuhr von Holz, Zement und alkoholischen Getränken wie Wodka soll demnach untersagt werden. Zudem soll auch die Ausfuhr von bestimmten Halbleitern, Computern und anderer Ausrüstung im Wert von zehn Milliarden Euro aus der EU nach Russland untersagt werden. ◆ Bericht: Wirtschaft

Wohl noch mehr Kriegsverbrechen

Selenskyj verspricht lückenlose Aufklärung der Gräueltaten

Kiew (dpa) – Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj will eine lückenlose Aufklärung der Verbrechen gegen Zivilisten in Butscha und anderen ukrainischen Städten. Dazu arbeite man unter anderem mit der EU und dem Internationalen Strafgerichtshof zusammen, sagte er. Die internationale Empörung über die Gräueltaten im Kiewer Vorort Butscha dauert an. Europäische Länder weisen Dutzende russische Diplomaten aus, denen sie Aktivitäten für Geheimdienste vorwerfen. Noch diese Woche wird EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ein Treffen mit Selenskyj nach Kiew reisen.

Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft verzeichnete nach eigenen Angaben mehr als 7.000 Meldungen über russische Kriegsverbrechen in der Region um die Hauptstadt Kiew. Die meisten Opfer habe es in Borodjanka gegeben, sagte Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa der Agentur



Es bleibt nur Zerstörung: Ein Bild aus der Stadt Borodjanka, nördlich von Kiew. Foto: Sergei Supinsky/AFP

Unian zufolge. „Ich denke, wir werden gesondert über Borodjanka sprechen.“ Das ukrainische Verteidigungsministerium rechnet indes mit weiteren russischen Angriffen auf die belagerte Millionenstadt Charkiw im Osten der Ukraine. Auch in anderen Gebieten im Osten der Ukraine erhielten russische Truppen Verstärkung, hieß es.

Selenskyj wirft dem UN-Sicherheitsrat indes Versagen vor. „Wo ist der Sicherheitsrat?“, fragte der per Video zugeschaltete Präsident am Dienstag vor dem Gremium. „Es ist offensichtlich, dass die zentrale Institution der Welt zum Schutz von Frieden nicht effektiv arbeiten kann.“ ◆ Berichte: Sonderseite

EuGH-Urteil zu Daten

Vorratsspeicherung meistens unzulässig

Luxemburg (AFP) – Eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung ist auch zur Bekämpfung schwerer Straftaten nicht rechtfertigbar. Selbst besonders schwere Kriminalität könne nicht einer Bedrohung der nationalen Sicherheit gleichgestellt werden, erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Dienstag. Nur eine

solche Bedrohung könne allgemeine Vorratsspeicherung für einen begrenzten Zeitraum rechtfertigen. Es ging konkret um einen in Irland wegen Mordes verurteilten Mann. Er findet, dass seine Kommunikationsdaten im Prozess nicht hätten verwendet werden dürfen, und zog darum vor ein irisches Gericht. ◆ Bericht: Politik



30014

4 190149 002402